

**Antrag 2023/E/1****Jusos RLP****Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: Landesparteirat****Kein Asylkompromiss 2.0 - gegen die Festung Europa!**

1 Wir verurteilen den Beschluss zur Geflüch-  
2 tetenpolitik den die Bundesregierung, ins-  
3 besondere Olaf Scholz und Bundesinnen-  
4 ministerin Nancy Faeser gemeinsam mit  
5 den Ministerpräsident\*innen der Länder  
6 am 10.05.2023 auf den Weg gebracht ha-  
7 ben. Ferner verurteilen wir den Beschluss  
8 des Rats der Europäischen Union zu ei-  
9 nem Gemeinsamen europäischen Asylsys-  
10 tem (GEAS) vom 08.06.2023.

11 Europaweit arbeiten verschiedene Akteure,  
12 politisch und gesellschaftlich, auf die weit-  
13 gehende Abschaffung des Schutzes für Ge-  
14 flüchtete hin. Nachdem die Oppositions-  
15 parteien #noAfD und CDU/CSU bereits seit  
16 Wochen und Monaten medial Stimmung  
17 gegen Geflüchtete gemacht, und Druck  
18 auf die Regierung ausgeübt haben, wur-  
19 de am 10.05.2023 bei einem Treffen von  
20 Bundesregierung und Regierungschef\*in-  
21 nen der Länder ein Beschluss gefasst, der  
22 ebenfalls in diese Richtung steuert. Ziel  
23 soll eine effektive Steuerung von Migrati-  
24 on sein. Dafür wird versucht, auf sogenann-  
25 te "Push- bzw. Pull-Faktoren" einzuwirken,  
26 die in der Migrationsforschung zur Erklä-  
27 rung von Migrationsentscheidungen ein-  
28 hellig abgelehnt werden.

29 Für die handelnden Akteur\*innen aus  
30 Landes- und Bundesregierung stehen da-  
31 bei vermeintliche Sicherheitsbedürfnisse  
32 der Bundesrepublik und nicht die individu-  
33 alrechtliche Perspektive der Migrant\*innen  
34 und Geflüchteten im Vordergrund.

35 Der Beschluss ist auf die Bekämpfung  
36 "irregulärer Migration" ausgerichtet und

37 sieht als Lösung unter anderem “konse-  
38 quente Rückführungen” vor. Dabei gilt  
39 festzuhalten, dass für Schutzsuchende ein  
40 Asylantrag nach der Einreise der einzig  
41 “reguläre” Weg ist, und dass weder die  
42 Bundesregierung noch die EU aktuell  
43 Maßnahmen ergreifen oder zumindest  
44 vorschlagen, um mehr “reguläre” Migrati-  
45 onswege zu schaffen und den Menschen  
46 mehr aufenthaltsrechtliche Bleibeper-  
47 spektiven zu bieten. Aktuell existiert kein  
48 Recht auf Einreise, das zu dem Recht auf  
49 Asyl korrespondiert. Folglich sind Schutz-  
50 suchende auf eine irreguläre Einreise  
51 angewiesen, ihr Aufenthalt legalisiert  
52 sich durch das Stellen eines Asylantrags.  
53 Die im Beschluss vom 10.05. angedachten  
54 Maßnahmen tragen weder zur Gewährleis-  
55 tung von Menschenrechten noch zu einer  
56 solidarischen und progressiven Asyl- und  
57 Migrationspolitik bei. Ganz im Gegenteil,  
58 im Jahr, in dem sich die rassistischen An-  
59 schläge von Solingen zum 30. Mal jähren,  
60 werden Verschärfungen der Migrations-  
61 und Asylgesetze wieder hingenommen,  
62 die diskursive Begleitung durch Springer-  
63 presse, CDU/CSU und natürlich #noAfD  
64 bereiten - damals wie heute - den Weg für  
65 solche Vorhaben. Nancy Faeser sprach in  
66 Zusammenhang mit der Berliner Silvester-  
67 nacht, bei der inzwischen bekannt ist, dass  
68 die meisten der Verdächtigen/Täter\*innen  
69 Deutsche waren, von “gewaltbereiten  
70 Integrations-Verweigerern”, die Berliner  
71 CDU forderte eine “Vornamen-Abfrage”  
72 (sic!) und Jens Spahn stellte direkt den  
73 Zusammenhang mit “ungeregelter Mi-  
74 gration” her und stellte bei Markus Lanz  
75 die Genfer Flüchtlingskonvention zur Dis-  
76 position. Ganz getreu dem Motto: Man

77 wird ja noch fragen dürfen. So wird durch  
78 sprachliche Entgleisung die Entrechtung  
79 von Schutzsuchenden vorbereitet.

80 Der Schritt, sich mit den Ministerpräsi-  
81 dent\*innen der Länder zusammenzufinden  
82 ist im Grunde dennoch vom Ansatz her  
83 nicht falsch, denn gerade die Kommunen  
84 benötigen mehr Unterstützung bei der Un-  
85 terbringung und Versorgung der Geflüch-  
86 teten. Insbesondere in Hinblick auf die vie-  
87 len Menschen, die angesichts der Klimakri-  
88 se flüchten werden, ist auch eine langfristi-  
89 ge Absicherung der Kommunen besonders  
90 notwendig.

91 Nun gibt es also mehr Geld für die Län-  
92 der, die dieses dann an die Kommunen wei-  
93 tergeben sollen: Eine Milliarde Euro. Das  
94 ist der Kompromiss. Während 100-mal so  
95 viel Geld für die Bundeswehr mir nichts,  
96 dir nichts beschlossen und durchgewunken  
97 wurde, lässt sich die sozialdemokratisch ge-  
98 führte Bundesregierung diese eine Milliar-  
99 de Euro für schutzsuchende Menschen nur  
100 mühsam abringen.

101 Die Länder forderten dagegen Finanzie-  
102 rungsmodelle, die sich an den tatsäch-  
103 lichen Ausgaben der Länder orientieren,  
104 doch diesen Forderungen erteilte die Bun-  
105 desregierung eine Absage. Insbesondere  
106 für unsere unterfinanzierten Kommunen,  
107 die viel Kraft für die Unterbringung und In-  
108 tegration Schutzsuchender aufwenden, ei-  
109 ne herbe Enttäuschung.

110 Statt also flexible Kapazitäten zu schaffen,  
111 Verfahren zu vereinfachen oder Auflagen  
112 zu lockern setzen die Regierungschef\*in-  
113 nen auf Abschottung - wenn weniger Men-  
114 schen bei uns ankommen und bleiben dür-  
115 fen, dann kostet es ja schließlich auch we-  
116 niger Geld. Mehr als zynisch, bei einer Ko-

117 alition, die sich selbst gerne “Fortschritts-  
118 koalition” nennt. Neben der Abschottung  
119 steht auch die “spürbare Reduzierung” von  
120 “irregulärer Migration” im Papier - ohne da-  
121 bei Fluchtursachenbekämpfung sowie die  
122 Schaffung legaler Einreisewege zu berück-  
123 sichtigen. Dafür sollen Migrationspartner-  
124 schaften und Kooperationen mit den jewei-  
125 ligen Herkunftsstaaten stärker vorangetrie-  
126 ben werden.

127 Insbesondere die Schaffung legaler Einrei-  
128 seregelungen wäre jedoch ein dringend nö-  
129 tiger Schritt für eine progressive Asyl- und  
130 Migrationspolitik, auch in Hinblick auf den  
131 Fachkräftemangel. Die aktuellen aufent-  
132 haltsrechtlichen Regelungen sind maßgeb-  
133 lich daran geknüpft, dass Migrant\*innen  
134 mit dem erforderlichen Visum einreisen, ih-  
135 ren Lebensunterhalt sichern und ihre Iden-  
136 tität nachweisen können. Trotz Fachkräf-  
137 teeinwanderungsgesetz reichen die der-  
138 zeitigen Regelungen zur Erwerbsmigration  
139 nicht aus, um (potenziellen) Arbeiter\*innen  
140 eine Bleibeperspektive in Deutschland zu  
141 bieten.

142 Ganz im Gegenteil: Andere Aufenthaltsti-  
143 tel, wie solche zur Erwerbstätigkeit, werden  
144 durch ein erfolglos durchgeführtes Asyl-  
145 verfahren gesperrt. Das Asylverfahren wie-  
146 derum stellt oft die einzige Legalisierungs-  
147 möglichkeit des Aufenthalts dar. Irregulä-  
148 re beziehungsweise illegalisierte Migrati-  
149 on lässt sich am besten durch Legalisie-  
150 rung überwinden. Das Beschlusspapier von  
151 Bund und Ländern liefert hierauf keine Ant-  
152 worten. Wir erkennen an, dass das kürz-  
153 lich verabschiedete Chancenaufenthalts-  
154 recht einen Schritt in die richtige Richtung  
155 darstellt und vielen Menschen endlich eine  
156 Bleibeperspektive bietet und deren Lebens-

157 leistung anerkennt. Dennoch können viel  
158 zu viele Menschen in prekären aufenthalts-  
159 rechtlichen Situationen nicht vom Chan-  
160 cenaufenthaltsrecht profitieren.

161 Für uns ist klar, dass insbesondere Maß-  
162 nahmen zur Legalisierung von Einreise und  
163 Migration auf EU-Ebene entscheidend sind,  
164 um endlich eine gemeinsame, solidari-  
165 sche europäische Einwanderungspolitik zu  
166 schaffen - diese Maßnahmen auf EU-Ebene  
167 werden in der aktuellen Debatte jedoch lei-  
168 der außer Acht gelassen. Zwar ist Bereit-  
169 schaft, das gemeinsame europäische Asyl-  
170 system (GEAS) zu reformieren aktuell so  
171 hoch wie lange nicht, doch die Reformvor-  
172 haben, die dabei diskutiert werden, zu de-  
173 nen sich auch Bund, Länder und unsere so-  
174 zialdemokratische Innenministerin positiv  
175 geäußert haben sind restriktiv und werden  
176 von uns ganz deutlich abgelehnt.

177 Eine Stärkung von Frontex, Grenzverfah-  
178 ren und Grenzzäune sind u.a. Teil der Re-  
179 formvorhaben und stellen nichts dar als  
180 die weitere Entrechtung von Schutzsuchen-  
181 den und einen weiteren Schritt hin zur Fes-  
182 tung Europa. Die Äußerung von Bundes-  
183 innenministerin Nancy Faeser, in der sie  
184 den Beschluss der EU- Innenminister\*innen  
185 als „historische[n] Erfolg“ für die EU, „ei-  
186 ne neue, solidarische Migrationspolitik und  
187 für den Schutz von Menschenrechte[n]“ be-  
188 zeichnet, erachten wir als zynisch, zumin-  
189 dest aber als unwahr: An den Reformvor-  
190 schlägen zum GEAS ist nichts ein Erfolg,  
191 nichts solidarisch, nichts hilfreich für den  
192 Schutz der Menschenrechte und zuletzt  
193 auch nichts sozialdemokratisch! Keine ver-  
194 pflichtenden Grenzverfahren - für faire und  
195 menschenwürdige Asylverfahren Mit dem  
196 Vorschlag der Asylverfahrensordnung sol-

197 len Grenzverfahren verpflichtend werden  
198 und es ist zu erwarten, dass die humani-  
199 tären Missstände an den EU-Außengrenzen  
200 sich dadurch weiter verschärfen würden.  
201 Verfahren an den Grenzen sind bereits heu-  
202 te mit systemischen Mängeln behaftet,  
203 und so ist zu befürchten, dass der Schutz  
204 von Geflüchteten durch weitere absehba-  
205 re Verfahrensmängel weiter untergraben  
206 wird. Wenn Menschen innerhalb kürzes-  
207 ter Zeit, unter menschenunwürdigen Be-  
208 dingungen wie sie in den geschlossenen  
209 Lagern an den EU-Außengrenzen vorherr-  
210 schen, ihre Fluchtgründe angeben müs-  
211 sen dann leidet absehbar auch die Qua-  
212 lität, und somit auch die Rechtssicherheit  
213 der Verfahren. Unzählige Organisationen,  
214 unter anderem ProAsyl und der Paritäti-  
215 sche Gesamtverband, warnen, dass diese  
216 Grenzverfahren insbesondere in Kombina-  
217 tion mit der “Fiktion der Nichteinreise”  
218 voraussichtlich zu Inhaftierungen und de-  
219 facto Haftlagern an den EU-Außengrenzen  
220 führen können. Die “Fiktion der Nichtein-  
221 reise” (§13, Absatz 2 Aufenthaltsgesetz) be-  
222 deutet vereinfacht, dass Menschen tat-  
223 sächlich eine Grenze überqueren können,  
224 rein rechtlich jedoch als “nicht eingereist”  
225 betrachtet werden - solange also nicht dar-  
226 über entschieden wurde, ob eine Person  
227 einreisen darf, darf sie von Behörden fest-  
228 gehalten werden, sie befindet sich in einer  
229 Transitzone und gilt als “nicht eingereist”,  
230 während die Prüfung läuft. Die Bundesre-  
231 gierung möchte Minderjährige von dieser  
232 Haft zwar ausnehmen, doch aus unserer  
233 Sicht reicht das nicht aus - Schutzsuchende  
234 aufgrund ihres Schutzgesuches zu inhaftie-  
235 ren ist menschenrechtlich nicht hinnehm-  
236 bar und verstößt gegen die Genfer Flücht-

237 lingskonvention.

238 Wir lehnen Grenzverfahren an den EU-  
239 Außengrenzen daher entschieden ab. Auch  
240 den Vorschlag, statt kompletten Verfahren  
241 lediglich die Registrierung von Schutz-  
242 suchenden an den EU-Außengrenzen  
243 durchzuführen lehnen wir ab, auch dies  
244 stellt eine Externalisierung von Teilen  
245 des Verfahrens an die EU-Außengrenzen  
246 dar und ebnet so den Weg, zukünftig  
247 auch weitere Verfahrensschritte an den  
248 EU-Außengrenzen durchzuführen. Die  
249 Ampelparteien im Bund bezeichnen sich  
250 selbst nicht nur als "Fortschrittskoalition"  
251 sondern im Koalitionsvertrag auch als  
252 "Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und  
253 Nachhaltigkeit". Ebenso spricht sich die  
254 Regierung in ihrem Koalitionsvertrag dafür  
255 aus, das Leid an den Außengrenzen zu  
256 beenden. Dies ist mit den nun geplanten  
257 verpflichtenden Grenzverfahren nicht  
258 möglich. Stattdessen würde die Bundes-  
259 regierung mit einer Befürwortung dieser  
260 Maßnahmen auf EU-Ebene einen Teil dazu  
261 beitragen, die EU einen Schritt weiter in  
262 Richtung Abschottung zu bringen, einen  
263 Schritt näher an die Festung Europa. Dies  
264 geht entgegen unserer jungsozialistischen  
265 Vorstellung von Internationaler Solidari-  
266 tät! Wir möchten die Bundesregierung,  
267 insbesondere das federführende sozial-  
268 demokratisch geführte Innenministerium  
269 sowie unseren Kanzler "für mehr Respekt"  
270 daher an ihren eigenen Koalitionsvertrag  
271 erinnern und auf die Einhaltung der oben  
272 genannten Punkte drängen.

273 Das Dublin-System ist gescheitert! Weiter  
274 wird über die Einführung eines soge-  
275 nannten "Verbund der Freiwilligen",  
276 also Mitgliedstaaten, die sich für die

277 Prüfung von Asylverfahren als zustän-  
278 dig erklären, diskutiert. Damit soll der  
279 anhaltenden Solidaritätskrise der EU-  
280 Mitgliedstaaten und den unfairen Kriterien  
281 der Dublin-Verordnungen (insbesondere  
282 dem “Ersteinreiskriterium”) entgegenge-  
283 wirkt werden.

284 Aktuell wenden nicht alle Mitgliedstaa-  
285 ten die bestehenden Regelungen an und  
286 versuchen, ihre Verantwortung an Nicht-  
287 EU-Länder auszulagern. Das System ist  
288 dysfunktional und auch aktuelle Reform-  
289 vorschläge können hier nicht zu einer  
290 Besserung beitragen. Auch der Vorschlag  
291 der Bundesregierung, die innereuropäische  
292 Rücküberstellung an den nach Dublin-  
293 Verordnung zuständigen Mitgliedstaat von  
294 6 auf 12 Monate zu verdoppeln, trägt zu  
295 keiner Besserung bei. Im Gegenteil, aus un-  
296 serer Sicht wird so die Verantwortung auf  
297 die EU-Mitglieder mit einer Außengrenze  
298 gelegt und ist daher unsolidarisch.

299 Stattdessen fordern wir, dass an einem ge-  
300 meinsamen und tatsächlich solidarischen  
301 Aufnahmemechanismus gearbeitet wird,  
302 der Verantwortung fair verteilt. Hierbei ist  
303 entscheidend, dass sich nicht nur die ein-  
304 zelnigen Mitgliedstaaten darin wiederfinden  
305 können, sondern auch die Schutzsuchen-  
306 den. Ihre Interessen und die Wahrung ih-  
307 rer Rechte müssen dabei viel stärker in den  
308 Blick genommen werden.

309 Ein solcher Aufnahmemechanismus muss  
310 dann auch von allen Mitgliedsstaaten  
311 eingehalten werden. Das GEAS darf kein  
312 Projekt einzelner, williger Mitgliedstaaten  
313 sein, sondern soll Ausdruck europäischer  
314 Souveränität sein, die klar macht, dass sich  
315 nicht nur Teile der EU, sondern die gesamte  
316 Europäische Union an ihre menschenrecht-

317 lichen Verpflichtungen hält.

318 Auslagerung in Drittstaaten eine Absage  
319 erteilen

320 Eine weitere, große Gefahr liegt in dem  
321 Vorschlag, die Anwendung des Konzepts  
322 von angeblich "sicheren Drittstaaten" aus-  
323 zuweiten und somit die Anforderung hin-  
324 sichtlich des anzuwendenden Schutzes im  
325 Drittstaat herabzusetzen. So hofft die Re-  
326 gierung, ihr Versprechen von "konsequen-  
327 ten Rückführungen" einfacher erfüllen zu  
328 können. Denn konkret bedeutet das, dass  
329 Geflüchtete so ohne Prüfung ihrer Flucht-  
330 gründe schneller und unkomplizierter in  
331 ein außereuropäisches Land abgeschoben  
332 werden können - möglicherweise in ein  
333 Land, in dem die Personen nicht in allen  
334 Landesteilen sicher sind oder zu dem sie  
335 keine Verbindung haben.

336 Innerhalb des Europarats werden bezüg-  
337 lich der Schutzanforderungen in den Dritt-  
338 staaten verschiedene Vorschläge diskutiert  
339 - teilweise sind diese Anforderungen weit  
340 unter dem Niveau der Genfer Flüchtlings-  
341 konvention. Sollte sich ein entsprechender  
342 Vorschlag durchsetzen, erhöht sich die Ge-  
343 fahr völkerrechtswidriger Kettenabschie-  
344 bungen in Länder wie Afghanistan oder Sy-  
345 rien.

346 Wir lehnen das Konzept der "sicheren  
347 Dritt- und Herkunftsstaaten" im Grund-  
348 satz und seine Erweiterung im Besonde-  
349 ren ab, da wir Missbrauch befürchten und  
350 Menschen mit ernsthaften Schutzgründen  
351 nicht von einer inhaltlichen Asylprüfung  
352 ausgeschlossen werden dürfen. Von der  
353 Bundesregierung erwarten wir, auf euro-  
354 päischer Ebene gegen einen solchen Vor-  
355 schlag zu votieren.

356 Zur Umsetzung von konsequenten Rück-

357 führungen wurden im Migrationspaket von  
358 Bund und Ländern noch weitere Maßnah-  
359 men festgehalten. Mit den Heimatländern  
360 der Geflüchteten und Migrant\*innen soll  
361 stärker kooperiert werden, die Erreichbar-  
362 keit von Behörden soll verbessert werden,  
363 um Eilrechtsverfahren schneller abzuhan-  
364 deln und Menschen somit schneller aus-  
365 weisen zu können. Hierfür ist ebenfalls ein  
366 Ausbau der polizeilichen Kapazitäten nö-  
367 tig, ebenso wie eine Ausweitung der Ab-  
368 schiebehaftplätze. Diese Vorhaben kritisie-  
369 ren wir scharf. Das Geld, das hierfür auf-  
370 gewendet werden muss, könnte ebenso  
371 gut den Kommunen bei der Unterbringung,  
372 Versorgung und Integration von Geflüchte-  
373 ten zugutekommen.

374 Wir fordern:

375 1. Einen (Dis-)Kurswechsel in der Asyl- und  
376 Migrationspolitik.

377 Das Narrativ von "irregulärer Migration"  
378 muss sich ändern, denn die Verwendung  
379 und Normalisierung solcher Begriffe berei-  
380 tet restriktiven politischen Entscheidungen  
381 den Weg und schürt Rassismus und Vorur-  
382 teile innerhalb der Bevölkerung.

383 Ebenso erwarten wir von unserer sozial-  
384 demokratisch geführten Bundesregierung,  
385 genau wie von der SPD als Partei, dass  
386 sie sich auf europäischer Ebene für einen  
387 neuen, solidarischen Aufnahme- und Ver-  
388 teilungsmechanismus einsetzen. Auch den  
389 Ausbau von Grenzinfrastruktur, verpflich-  
390 tende Verfahren an den EU-Außengrenzen,  
391 die Stärkung von Frontex gilt es auf allen  
392 Ebenen abzulehnen.

393 2. Die Schaffung legaler Einreisemöglich-  
394 keiten.

395 Auf Basis aktuell bestehender Rechtsla-  
396 ge haben Schutzsuchende keine Wahl, au-

397 ßer illegal einzureisen. Daher muss hier  
398 auf europäischer Ebene dringend nach  
399 menschenwürdigen, nachhaltigen Lösun-  
400 gen gesucht werden. Solange Menschen  
401 zur Durchführung eines Asylantrags jedoch  
402 illegal einreisen müssen, haben sie das  
403 Recht auf faire Verfahren, sie haben das  
404 Recht angehört zu werden und ihre Flucht-  
405 gründe in einem menschenwürdigen, si-  
406 cheren und rechtsstaatlichen Rahmen vor-  
407 zutragen und menschenwürdig behandelt  
408 zu werden.

409 Hierfür soll eine stärkere Kooperation in  
410 den Herkunftsländern genutzt werden. So  
411 sollen beispielsweise Asylanträge auch in  
412 den Botschaften vor Ort möglich gemacht  
413 werden, um die legale Einreise zu ermög-  
414 lichen. Um Nachweispflichten im Rahmen  
415 der Asylverfahren zu lockern, soll intensi-  
416 ver mit den Behörden im Ausreiseland ko-  
417 operiert werden, indem etwaige behörd-  
418 liche Dokumente direkt über die Ausrei-  
419 seländer abgefragt werden. Damit kann  
420 gleichzeitig die Anerkennung von ausländi-  
421 schen Ausbildungszeugnissen vereinfacht  
422 werden, um so eine Bleibeperspektive zu  
423 schaffen und eine schnelle Integration in  
424 den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Es darf  
425 sich nicht zum Nachteil der Schutzsuchen-  
426 den auswirken, dass Unterlagen aufgrund  
427 von Krieg oder einer gefährlichen Flucht zu-  
428 rückgelassen, verloren gegangen oder ver-  
429 nichtet worden sind.

430 3. Keine Verschärfung von gesetzlichen Re-  
431 gelungen zur Abschiebung!

432 Ebenso lehnen wir die Reform von ver-  
433 waltungsrechtlichen Normen, die mit dem  
434 Asylverfahren zusammenhängen, ab. So-  
435 wohl die im Beschluss von Bund und Län-  
436 dern festgehaltene Ausweitung von rich-

437 terlichen Kompetenzen, das Hinzufügen  
438 des Haftgrundes "Aufenthaltsverbot" so-  
439 wie erweiterte Zugriffs Kompetenzen der  
440 Ordnungs- und Polizeibehörden greifen un-  
441 tragbar in die Grundrechte der Betroffenen  
442 ein.

443 4. Mehr Unterstützung und Entlastung der  
444 Kommunen sowie Integrationsförderung,  
445 statt noch mehr Geld in Abschiebungen  
446 und Abschiebehaf zu investieren

447 5. Keine Kooperation mit Staaten, die die  
448 Menschenrechte verachten und verletzen!  
449 Die Genfer Flüchtlingskonvention darf  
450 nicht aufgeweicht werden, in Staaten, in  
451 denen Leben & Freiheit der Geflüchteten  
452 gefährdet ist, darf es keine Abschiebun-  
453 gen geben. Ebenso fordern wir, dass das  
454 Konzept der "sicheren Drittstaaten" nicht  
455 erweitert wird - die Bundesregierung und  
456 die SPD müssen sich hier entsprechend  
457 positionieren. Zudem fordern wir auch  
458 die rheinland-pfälzische SPD dazu auf,  
459 sich dieser besonderen Verantwortung  
460 zu stellen. Offensiv für eine gerechte Mi-  
461 grationspolitik einzustehen und aktiv zu  
462 gestalten, muss eine Kernaufgabe aller  
463 rheinland-pfälzischen Kandidat\*innen für  
464 die Europawahl 2024 sein.

465 Als Jusos stehen wir ganz klar gegen die  
466 Festung Europa und für eine solidarische  
467 und menschenrechtsgeleitete Asyl- und  
468 Migrationspolitik. Als Jusos sehen wir uns  
469 hier in der besonderen Verantwortung, als  
470 linke Kraft in der SPD den Kampf gegen Un-  
471 gleichheit und Rassismus voranzutreiben.  
472 Ebenso sehen wir uns in der historischen  
473 Verantwortung, dass die Sozialdemokratie  
474 nicht dieselben Fehler wie vor 30 Jahren  
475 machen darf, indem sie vor Konservativen  
476 und Rechten Kräften einknickt. Unsere Hal-

477 tung ist ganz klar: Kein Asylkompromiss

478 2.0!

479

480 **Begründung**

481 Erfolgt vor Ort.